

Unabhängiger Monitoringausschuss
zur Umsetzung der UN-Konvention über die
Rechte von Menschen mit Behinderungen

MonitoringAusschuss.at

28. März 2011

Stellungnahme

zum Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über Krankenhäuser und Kuranstalten geändert werden soll

Der unabhängige Monitoringausschuss ist zuständig für die Überwachung der Einhaltung der UN-Konvention „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ vom 13. Dezember 2006 (ratifiziert mit 26. Oktober 2008; BGBl. III Nr. 155/2008) in Angelegenheiten, die in Gesetzgebung und Vollziehung Bundes-sache sind, und hat sich auf der Grundlage von § 13 des Bundesbehindertengesetzes in Umsetzung der Konvention konstituiert. Dem weisungsfreien Ausschuss gehören Vertreter/innen von Nichtregierungsorganisationen aus den Bereichen Menschen mit Behinderungen, Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit sowie der wissenschaftlichen Lehre an. Weiters gehören ihm mit beratender Stimme an je ein/e Vertreter/in des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz sowie des jeweils betroffenen Ressorts oder obersten Organs der Vollziehung.

Der Monitoringausschuss wurde über die bevorstehende Novelle nicht automatisch in Kenntnis gesetzt und hat durch Zufall von dieser erfahren.

Auf Basis der jüngst ergangenen Stellungnahme zu Gewalt und Missbrauch (siehe Anhang), regt der Monitoringausschuss eine Erweiterung des § 8e – Opferschutzgruppen – an.

Wie der Ausschuss in der Stellungnahme festhält, ist häusliche Gewalt eine zentrale Ursache für Gewalt an Menschen, so auch Menschen mit Behinderungen. Die erhöhte Gefährdung von Menschen mit Behinderungen Opfer von Gewalt und Missbrauch zu werden, ist gesellschaftspolitisch nicht hinreichend klar, daher wird ein expliziter Verweis auf die Gefährdung und den erhöhten Schutzbedarf von Menschen mit Behinderungen anempfahlen.

Weiters verweist der Monitoringausschuss eindrücklich darauf, dass häusliche Gewalt wohl eine der verbreitetsten Formen von Gewalt, nicht jedoch die einzige Form von Gewalt ist.

Beilage: Stellungnahme Gewalt & Missbrauch an Menschen mit Behinderungen

Für den Ausschuss
Die Vorsitzende
Marianne Schulze